

Österreich: Wie ein Land der Hochkultur bei der Rücktrittskultur abfällt

66% der Österreicher meinen, dass es hierzulande keine Rücktrittskultur gäbe. Darunter leide die politische Kultur. Klare Forderung nach Rücktritt von Kanzler bei Anklage oder Verurteilung.

(25.05.2021) Was die Rücktrittskultur betrifft, gibt es in Österreich laut neuester Gallup-Befragung* ein hohes Entwicklungspotential. 66% der Bevölkerung sehen bei den österreichischen Politikern keine Bereitschaft, Verantwortung für einen Missstand zu übernehmen und aus Achtung vor der Demokratie ihr Amt aufzugeben.

Eine bessere Rücktrittskultur führt zu mehr Vertrauen in die Politik

45% der Bevölkerung haben derzeit ein niedriges oder sehr niedriges Vertrauen in politische Institutionen, politische Parteien und Politiker, 43% ein mittleres und nur 12% ein hohes oder sehr hohes. Diesem Umstand entgegenzuwirken wäre eigentlich gar nicht so schwer, denn 48% der Österreicher meinen, dass eine bessere Rücktrittskultur unter anderem das Vertrauen in politische Institutionen, Parteien und Politiker im Land stärken würde. 79% geben an, dass damit auch ihr Vertrauen in die Politik ansteigen würde. 45% sehen eine positive Auswirkung auf das Amtsverständnis der Politiker - dieses wäre von mehr Respekt vor der Demokratie geprägt. 42% sind der Ansicht, eine bessere Rücktrittskultur hätte eine positive Auswirkung auf die Normen, Werte und das Verantwortungsbewusstsein einer Gesellschaft.

„Das Vertrauen in politische Institutionen ist eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren einer Demokratie. Insbesondere an Politiker als Repräsentanten des Volkes haben die Wähler hohe Erwartungen: Sie sollen Rückgrat zeigen und ein gutes Vorbild sein. Werden diese Erwartungen enttäuscht, schwindet auch das Vertrauen in die Politik insgesamt. Umgekehrt kann das Geradestehen für Fehler und Versäumnisse das politische Klima und das Ansehen der Politik im Land positiv beeinflussen“, kommentiert Gallup-Chefin Andrea Fronaschütz die Ergebnisse.

Verfassung wird hochgehalten

Aus der Sicht der Österreicher ist ziemlich klar, welche Umstände einen Politiker zum Rücktritt veranlassen sollten: Neben einer schlechten gesundheitlichen Verfassung (92% sehr/eher starker Rücktrittsgrund) und Burnout (86%) sind dies in erster Linie diverse Verfehlungen in der Amtsführung, Vorteilsnahme bzw. Korruption und Bereicherung, persönliches Fehlverhalten und eine politisch inkorrekte Sprache.

Wenn es um Versäumnisse in der Amtsführung geht, die gerade im Mittelpunkt der politischen Diskussion stehen, erwarten sich die Österreicher klare Konsequenzen: Die Missachtung der Verfassung ist für 91% der Befragten ein ausreichender Grund zurückzutreten, die Weitergabe von vertraulichen Informationen für 87%, vor einem parlamentarischen Ausschuss die Unwahrheit zu sagen für 83%. 85% meinen, dass die Respektlosigkeit gegenüber der Republik den betroffenen Politiker zu einem Rücktritt bewegen soll. Verhindern von Ermittlungen bei Verdacht auf Rechtsverletzung wird von knapp 88% als Anlass für einen Rücktritt angesehen.

Neben den derzeit tagespolitisch aktuellen Rücktrittsgründen sind aus Sicht der Bevölkerung die gewichtigsten Verfehlungen, die zu einem Niederlegen des politischen Amtes führen sollten: Veruntreuung staatlicher Gelder (96%), Steuerhinterziehung (92%), außereheliche Beziehungen mit Minderjährigen (90%), Bestechung durch Lobbyisten (90%) und Androhung von Repressalien bei Nichtbefolgen von Anordnungen (90%). Für „lässliche Sünden“ halten die Österreicher hingegen die außerehelichen Beziehungen mit Volljährigen (20%) und Geschwindigkeitsüberschreitung beim Autofahren (31%).

Das Verbleiben im Amt: Keine Frage der Loyalität

Danach befragt, warum manche Politiker trotz offensichtlicher Verfehlungen nicht zurücktreten, nennen die Österreicher vor allem deren Uneinsichtigkeit (66%) als Grund, gefolgt von Machthunger (65%), der Missachtung der Regeln (59%) und fehlender politischer Moral (58%). 55% führen das „Sesselkleben“ auf die Unfähigkeit, Fehler zuzugeben, zurück. 51% sehen den Grund in der fehlenden persönlichen Verantwortung, 49% in charakterlichen Schwächen. Nur wenige gehen davon aus, dass rücktrittsreife Politiker aus Pflichtgefühl gegenüber den Wählern (12%) bzw. der eigenen Partei und der Politik (16%) im Amt verbleiben. „Umgekehrt werden Politikern, die nach einer Verfehlung zurücktreten, persönliche Stärke, moralische Integrität, Würde und politisches Verständnis zugeschrieben. Allerdings geht nur ein Drittel der Österreicher davon aus, dass zurückgetretene Politiker weiterhin Spitzenpositionen in der Politik beziehen sollten“, so Fronaschütz.

Es braucht mehr Druck der Öffentlichkeit

Mehr als ein Drittel (35%) der Befragten sehen eine Mitverantwortung der Wähler für die schlechte Rücktrittskultur. Für 69% dieser protestieren die Wähler zu wenig, weil sie der Meinung seien, dass man ohnehin nichts verändern könne. Für 63% machen die Wähler von ihrem Wahlrecht zu wenig Gebrauch. Und immerhin noch 46% meinen, die Wähler verharmlosen die Fehlritte der Politiker.

„Die Österreicher sehen das „Sesselkleben“ in der Persönlichkeit der betroffenen Politiker, aber auch in der fehlenden politischen Moral begründet. Um mehr Verantwortungsbewusstsein, Moral und Anstand in der Politik zu schaffen, braucht es aus Sicht der Bevölkerung bessere rechtliche Rahmenbedingungen, mehr Druck der Öffentlichkeit, mehr politische Bildung, aber auch mehr Protestkultur“, erklärt Fronaschütz. So meinen 82%, dass die Medien unabhängig von der eigenen politischen Ausrichtung eine objektive Berichterstattung vorantreiben und Missstände in der Politik aufdecken sollten. 83% fordern verschärfte gesetzliche Regelungen für Fehlleistungen und 80% meinen, dass man sich im Rahmen der politischen Bildung an den Schulen mit der persönlichen Verantwortung in der Demokratie auseinandersetzen sollte, um langfristig eine Veränderung zu erzielen. 63% sprechen sich für eine stärkere Protestkultur der Bürger aus.

„Die ÖVP-Wähler halten ihrer Partei bei fast allen Fragen die Stange“, so die Gallup-Leiterin: Nur 30% meinen, eine bessere Rücktrittskultur könnte die politische Kultur beeinflussen. Immerhin 62% sehen die Falschaussage vor einem Untersuchungsausschuss als Rücktrittsgrund, während die Wähler anderer Parteien hier bei deutlich über 80% liegen. Auch bei den Gründen, warum es in Österreich keine Rücktrittskultur gäbe, sind die ÖVP-Wähler deutlich toleranter. Nur 40% sehen die fehlende politische Moral als Grund, nur 52% sagen, die Einsicht in das Fehlverhalten fehle. Auch hier sind die zustimmenden Antworten der Wähler anderer Parteien deutlich höher.

Rücktritt nach Fehltritt?

Ziemlich eindeutig fällt die Meinung der Österreicher zu den aktuell besonders heiß diskutierten Anlassfällen für einen politischen Rücktritt aus: Bei Finanzminister Gernot Blümel sind 65% der Meinung, er solle - wegen der Nichtbefolgung des Urteils des Verfassungsgerichtshofes - sofort zurücktreten. Bei Kanzler Kurz fordern 58% einen Rücktritt bei einer Anklage wegen des Vorwurfs, im parlamentarischen Untersuchungsausschuss falsch ausgesagt zu haben. Bei einer Verurteilung steigt dieser Wert auf 81%. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass positive Eigenschaften des Kanzlers z.B. hinsichtlich Vertrauens, Entscheidungen, Durchsetzungsstärke, Ausstrahlung, etc. im Jahresvergleich deutlich schlechter bewertet werden.

Rückfragehinweis:

Andrea Fronaschütz

a.fronaschuetz@gallup.at

Tel. +431 470 47 24 - 0

Das Österreichische Gallup-Institut,

Lobkowitzplatz 1

1010 Wien

Für Rückfragen und Interviews außerhalb der Bürozeiten: + 43 699 10151859

Foto: Dr. Andrea Fronaschütz, frei zum honorarfreien Abdruck, Foto: www.beahasler.at

* 1000 Personen repräsentativ für die (webaktive) österreichische Bevölkerung 16+

(Methode: „Computer Assisted Web Interviewing“ im Gallup Onlinepanel, durchgeführt vom 18.–20. Mai 2021)

Hinweis: Zwecks besserer Lesbarkeit wird im Text nur die männliche Form verwendet, die weibliche Form ist dabei stets mit eingeschlossen.